

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	61. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	20. Mai 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

5.

**Punkt 4 der Tagesordnung: Beitritt der Stadt Karlsruhe zu der Initiative „Bürgermeister für den Frieden/Mayors for Peace“  
Vorlage: 2014/0590**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Beitritt der Stadt Karlsruhe zu der Initiative „Konferenz der Bürgermeister für den Frieden/Mayors for Peace“ durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt bei 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf:

Da würde ich gerne am Anfang etwas dazu sagen. Es ist mein Wunsch, an dem weltweiten Netzwerk „Bürgermeister für den Frieden“ mitzuwirken. Das ist auch ein ausdrücklicher Wunsch aus zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen gewesen, dem ich mich auch schon im Wahlkampf angenähert habe. Wir haben das auf vielfachen Wunsch jetzt zum Thema im Gemeinderat gemacht. Es knüpft auch an eine Diskussion an, die wir im vergangenen Jahrzehnt hier schon hatten, als mehrheitlich auch vom Gemeinderat der damalige Oberbürgermeister aufgefordert wurde, Mitglied dieses Netzwerkes zu werden.

Dieses Netzwerk selbst ist sicherlich durchaus auch ein Kind der damaligen Zeit und der Zuspitzung der beiden Weltmachtblöcke. Diese Zeit ist vorbei. Dennoch ist es weiter ein wichtiges Anliegen, jetzt unabhängig dieser Zuspitzung auch ein völlig ideologiefreies Anliegen, sich hier für den Frieden in der Welt einzusetzen. Das möchte ich gerne tun.

Sie haben es der Vorlage entnommen, wie viele Städte hier mittlerweile Mitglied sind. In Europa sind es 2 193 Städte in 45 Staaten. U. a. ist auch die Stadt Stuttgart noch aus den Zeiten von Wolfgang Schuster Mitglied und viele andere Städte in Deutschland auch. Ich sehe das als ein ganz wichtiges Netzwerk an, um hier gemeinsam als Kom-

munen weltweit für den Frieden einzustehen, insbesondere auch zur Abschaffung oder zur Beseitigung der Nuklearbewaffnung. Es ist aber auch ein weltweit aktives Netzwerk der kommunalen Familie insgesamt, international und national. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung, dass wir dem hier beitreten können.

Es haben sich einige Wortmeldungen ergeben - Frau Stadträtin Luczak-Schwarz.

**Stadtrat Luczak-Schwarz (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup, wenn Sie als Person beitreten würden, hätten wir kein Problem.

(Zurufe aus den Reihen der Grünen: Ooh!)

Es geht hier aber darum, dass die Stadt Karlsruhe beitreten soll als Gebietskörperschaft. Wir hatten 2005 bereits gegen diesen Vorschlag gestimmt, weil wir, meine Damen und Herren, die Aufgabe der Außenpolitik nach dem Grundgesetz bei dem entsprechenden Verteidigungsministerium und bei der Bundesregierung sehen. Die Außenpolitik ist dort zentrale Aufgabe, und ein wichtiger Akteur in dieser Struktur

(Unruhe)

- Vielleicht hören meine Kollegen zu, dann können Sie noch etwas lernen.

(Oh-Rufe)

ist nach Artikel 59 Grundgesetz und den hierzu erfolgten Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts in außenpolitischen Fragen gegenüber der Bundesregierung natürlich der Bundestag. Die haben eine entsprechende Kontrollmöglichkeit. In unserer Rechtsstruktur ist eine Mitwirkung der Kommunen im Bereich der Außenpolitik nicht vorgesehen. Kommunalrechtlich sind wir auch nicht berufen, und das lernt jeder Jurist im öffentlichen Recht, außenpolitische Stellungnahmen abzugeben. Es geht nur um Befugnisse, wenn wir örtlich betroffen sind. Daher hat eine Unterschrift des Karlsruher Oberbürgermeisters oder ein Beitritt der Stadt in das vorgeschlagene Bündnis keine Auswirkung auf die Sachlage. Daher sehen wir es als nicht zielführend an.

Oft kommt dann der Einwand, wir machen doch auch Resolutionen zu allen möglichen Dingen. Aber wir können auch nur Resolutionen beschließen - dieses haben wir ja beim Landespersonalvertretungsgesetz, Herr Dr. Mentrup, sehr definitiv prüfen lassen -, wenn eine kommunale Betroffenheit vorliegt. Dies liegt bei uns hier nicht vor. Jetzt haben Sie gesagt, es geht um Netzwerk, es geht um symbolische Haltung, es geht um einen symbolischen Beitrag. Wir sind der Auffassung, dass sich der Gemeinderat und der Oberbürgermeister auf die Aufgaben konzentrieren sollen, bei denen wir auch was bewegen können, bei denen uns die Kompetenzen zugewiesen werden. Nach Auffassung der CDU-Fraktion ist es nicht Aufgabe der Stadt Karlsruhe, Außenpolitik der Bundesregierung zu betreiben. Auch symbolische Außenpolitik halten wir nicht für zielführend.

Ich möchte noch einmal deutlich machen: Viele von uns sind in verschiedenen Organisationen und in dem Bereich als Person tätig und rührig unterwegs. Das halten wir auch für zielführend. Hier geht es nur um die Frage, ob die Gebietskörperschaft Karlsruhe als

Kommune sich in außenpolitischen Fragen bewegt. Da haben wir eine entsprechende stringente Haltung auf der Grundlage unseres Grundgesetzes. Das habe ich dargelegt, und deswegen lehnen wir die Vorlage.

(Beifall bei der CDU)

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Frieden ist uns nicht gegeben, Frieden müssen wir uns stets erarbeiten. Das zeigt die Vergangenheit, aber das zeigt auch der Blick in die Welt. Fast 70 Jahre ist kein Krieg in Deutschland. Ich gehöre zu den überaus glücklichen Menschen, die in ihrem Land noch keinen Krieg miterleben mussten. Das ist ein unschätzbare Wert. Aber der Blick auf Europa, auf die Welt, zeigt, Frieden ist keine Selbstverständlichkeit, Frieden müssen wir uns stets erarbeiten. Daher ist es wichtig, Zeichen zu setzen und Bündnisse zu schmieden. Die Organisation Mayors for Peace setzt sich weltweit für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen ein und erinnert z. B. jährlich an das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs, wonach der Einsatz und die Androhung eines Einsatzes von Atomwaffen gegen internationales Recht verstoßen.

Wir freuen uns sehr, dass Sie, Herr Oberbürgermeister Mentrup, der Initiative Mayor for Peace beitreten möchten. Das bestätigt den politischen Wandel in Karlsruhe, denn der ehemalige Oberbürgermeister Fenrich konnte sich dazu nicht durchringen. Der Einsatz von Atombomben darf sich niemals wiederholen. Eine kernwaffenfreie und friedliche Welt ist der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Frau Luczak-Schwarz.

**(Stadträtin Luczak-Schwarz/CDU:** Das bestreitet auch keiner!)

Das beinhaltet die Abschaffung aller Atomwaffen. Dass Sie jetzt hier leugnen, dass auch die Kommunen sich bekennen, wo fast 6 000 Städte weltweit, in Europa 2 000 und in Deutschland über 400, dieses Zeichen gesetzt haben, zeigt doch nur, dass Sie einfach eine Politik von gestern betreiben.

(Beifall auf der linken Seite des Hauses)

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung zeigt sehr deutlich, dass es Signale braucht, um die Abschaffung von Nuklearwaffen zu erreichen. Der jetzige Koalitionsvertrag der Großen Koalition sagt, dass man sich dafür einsetzen will, dass USA und Russland Abrüstungsverhandlungen beginnen. Vorher geschieht hier in Deutschland erst mal nichts. Ein Bekenntnis zur nuklearen Abrüstung, zum Waffenabzug sieht anders aus als das, was uns da in Aussicht gestellt wird. Umso wichtiger ist es, dass eben auch Bündnisse geschmiedet werden, die versuchen, Einfluss zu nehmen, und dass wir irgendwann einmal gehört werden in der Hoffnung, dass das Bündnis groß genug wird und der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach einer atomwaffenfreien Welt gehört und respektiert wird, wie es z. B. in den Niederlanden auch geschieht. Dafür wollen wir einen Beitrag leisten. Wir freuen uns, dass Karlsruhe diesem Bündnis angehören wird.

Frieden müssen wir uns stets erarbeiten. Wir begrüßen die Vorlage und stimmen sehr gerne zu.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadträtin Baitinger (SPD):** Auch die SPD-Fraktion, die ja 2005 den entsprechenden Antrag gestellt hat, stimmt dieser Vorlage sehr gerne zu.

Wir meinen auch, dass man über legalistische Politikbegründung alleine keine Politik betreiben kann. Politik lebt von einem Geist, der ihre Motivation ausmacht und sie begründet. Ein Beispiel aus längst vergangenen Zeiten sei als erstes vorangestellt. Auch ein AStA, der zu Menschenrechtsverletzungen schweigt, betreibt Politik. Er sagt nämlich nichts zu den Dingen, die unrecht sind. Unrecht ist ganz sicher der Abwurf der Atomwaffen auf die Städte Nagasaki und Hiroshima gewesen. Es sind ja die Städte, die Bürgerinnen und Bürger der Städte, die Opfer sind und Opfer waren, Opfer in diesem Land, Opfer in Japan und Opfer über die ganze Welt hinweg. Deshalb ist eben gerade das Recht und die Pflicht der Städte und ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sagen, wir wollen, dass sich die Geschichte so nicht wiederholt. Wir wollen, dass in dieser Welt Frieden herrscht, und wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger, ihre Bürgermeister und Bürgermeisterinnen - im Englischen haben wir dieses Problem nicht so ganz mit dem Gendern -, und darüber hinaus alle Menschen in dieser Welt zusammentun, um die Waffen abzuschaffen, die Kernwaffen, aber - die Vorlage weist im Anhang darauf hin - auch alle anderen.

Wenn wir heute nach Aleppo schauen, wenn wir nach Damaskus schauen, wenn wir in die Ost-Ukraine schauen, es sind doch die Städte, die zerstört werden. Deshalb ist es die Aufgabe der Städte und ihrer politischen Vertreter, sich dagegen zur Wehr zu setzen, sich zusammenzutun und ein Netzwerk aus solidarischen Kommunen zu bilden.

(Beifall bei der SPD)

Aber es gibt noch zwei Gründe, die direkt mit der Stadt Karlsruhe zu tun haben.

(Unruhe auf der rechten Seite des Hauses)

- Die Aufforderung, bei anderen zuzuhören, sollte auch die Aufforderin vielleicht mal selbst wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das eine ist, dass sich Karlsruhe seit den 90er-Jahren zur atomwaffenfreie Zone erklärt hat, selbstverständlich ein symbolischer Beschluss, aber auch einer, der bereits dokumentiert, was hier in dieser Stadt eine politische Mehrheit will. In diesem Geiste konsequent fortzufahren heißt, dem Netzwerk Bürgermeister für den Frieden beizutreten.

**(Stadträtin Luczak-Schwarz/CDU:** Das war rechtswidrig!)

- Jetzt hören Sie mal auf! Ich wüsste nicht, dass dieser Beschluss von irgendjemand aufgehoben worden wäre.

Der nächste Punkt ist, dass einer der Väter der Atombombe, ein Name der sehr bekannt ist, der nicht nur an der Nagasaki- und Hiroshima-Bombe mitgewirkt hat, sondern auch an der späteren Fusionsbombe, die heute die größte Bedrohung darstellt, dieser Profes-

sor Edward Teller hier in Karlsruhe studiert hat. Wir sollten nie vergessen, dass die Dinge, die an einem Ort der Wissenschaft entwickelt werden, das Wissen und die Kenntnisse, die vermittelt werden, von unserer Stadt aus weitergehen und dann von unserer Stadt aus anderswo Schaden anrichten. Insofern gibt es auch durchaus die historische Verbindung neben der politischen und allgemeinen Verpflichtung zum Frieden.

(Beifall bei der SPD)

**Stadtrat Cramer (KAL):** Schon in den 80er-Jahren haben Mitglieder des Karlsruher Gemeinderates eine Delegation aus Hiroshima begrüßen dürfen. Es gab hier im Karlsruher Gemeinderat zur atomwaffenfreien Zone Debatten und Beschlüsse. Heute wird die Stadt Karlsruhe, vertreten durch den Oberbürgermeister, dem weltweiten Verband Bürgermeister für den Frieden beitreten. Das wünscht sich meine Fraktion auch und wir werden dem zustimmen.

Es geht darum, bis 2020 die Abschaffung aller Atomwaffen in der Welt zu erreichen. Auch wenn Sie sagen, liebe Frau Kollegin Luczak-Schwarz, da haben wir Kommunen nichts damit zu tun, geht meine Fraktion davon aus, dass die Dinge unten beginnen im lokalen Bereich und dann globale Auswirkungen haben werden.

Meine Fraktion wünscht sich noch, dass Initiativen in der nächsten Legislaturperiode ergriffen werden, vielleicht von Seiten der Verwaltung, auch an unsere Partnerstädte heranzutreten und sie zu bitten, auch diesem Bündnis beizutreten.

(Beifall bei der KAL)

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Wir freuen uns über diesen Antrag, und die Linke stimmt ihm selbstverständlich zu.

Die Kriege, gerade Atomkriege, treffen sehr wohl Städte und die Bürgerinnen und Bürger der Städte, auch die Bürgerinnen und Bürger in Karlsruhe, wenn sie denn kämen, was wir nicht hoffen und nicht wollen. Es ist vollkommen richtig, dass wir uns da einsetzen, etwas dafür tun und nicht sagen, das habe mit uns nichts zu tun. Ich kenne auch keine Klausel, die das ausschließt - weder rechtlich noch moralisch. Deswegen finden wir das prima.

Wenn wir sehen, dass sich schon wieder Atommächte gegenüberstehen - auf einer Seite EU und Nato, auf der anderen Seite Russland - und zerren an so einem Land wie der Ukraine herum, anstatt das Land als Brücke, als Chance der Kommunikation zu verstehen, dann finde ich - das ist ein Wunsch und quasi ein mündlicher Antrag, Herr Oberbürgermeister -, sollten wir unsere Partnerstadt Krasnodar genau zu diesem Thema einladen, mit ihr Gespräche führen, einen Beitrag zur Deeskalation leisten und sagen, die Menschen, die Städte wollen dieses Gezerre nicht. Wir wollen kommunizieren, wir wollen zusammen wirtschaften, und zwar bei Betrachtung aller Interessen und nicht immer nur der eigenen. Deshalb werden wir auch in einer der nächsten Sitzungen mit dem Antrag auf Sie zukommen. Vielleicht gibt es aber eine Möglichkeit, das durch die Stadt schon einmal aufzugreifen und solch ein Treffen schon im Herbst oder im Winter

zu organisieren, damit wir in die Gespräche kommen und weggehen von der Konfrontation.

(Teilweise Beifall bei den Grünen)

**Stadtrat Wenzel (FW):** Frau Stadträtin Baitinger hat mir alles abgenommen,

(**Stadträtin Müllerschön/SPD:** Ooh! - Heiterkeit)

sodass ich nur noch dazu sagen muss, dass Karlsruhe in der Verpflichtung steht. Noch nie gab es so viele kriegerische Handlungen wie in diesem Jahrzehnt. Jedes Zeichen, das Frieden bedingt oder Frieden schafft, denn Frieden ist das höchste Gut unserer Zivilisation, ist zu unterstützen und anstrebenswert. Deshalb mein persönlicher Dank für diesen Schritt, den ich an Ihrer Stelle auch getan hätte, und auch die ausdrückliche Zustimmung der Freien Wähler dazu.

(Teilweise Beifall bei den Grünen)

**Der Vorsitzende:** Das war jetzt die letzte Wortmeldung. Lassen Sie mich noch zwei Dinge bitte ergänzen.

1. Es ist natürlich ein symbolischer Akt, aber es muss dabei ja nicht bleiben. Wenn Sie sich die Diskussion anschauen, die es vor allem gerade auch unter amerikanischen Soziologen gibt, dass in Zukunft die großen Städte viel stärker für die Sicherung des Weltfriedens und vor allem auch für die gesamtglobale Politik verantwortlich sein werden, verglichen mit dem bisherigen System der Nationalstaaten, dann ist das sicherlich noch eine sehr weite Vision, aber es ist etwas, was man an verschiedenen Beispielen sehr gut begründen kann. Von daher würde ich die Vorschläge gerne aufgreifen, dass wir auch das Thema Friedenssicherung, und zwar jetzt über Atomwaffen hinaus, zum Thema in den Städtepartnerschaften machen.
2. Jeder, der die bemerkenswerte Rede von Herrn Voßkuhle bei der Eröffnung der Europäischen Kulturtagung noch im Ohr hat - ich bin sicher, wir können sie auch ins Netz und allen zur Verfügung stellen, die nicht dabei waren -, der hat sehr wohl wahrgenommen, dass der Auftrag der Friedenssicherung sowohl in Europa als auch in der Welt im Grundgesetz noch einmal eine ganz besondere Bedeutung und ein ganz besonderes übergeordnetes Ziel ist, dem er ja sogar fünf Dimensionen in diesem Grundgesetz nachweist. Von daher fühle ich mich hier durchaus auch vom Bundesverfassungsgericht und auch von Herrn Voßkuhle in seinem Beitrag ausdrücklich gedeckt, wenn wir sagen, wir wollen hier jetzt nicht engstirnig gucken, wo die einzelnen Politikzuständigkeiten und Bereiche sind, sondern wir haben hier in einem globalen Sinne für den Frieden und damit auch für jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger dieser Stadt Verantwortung zu übernehmen. Das lässt sich nicht auseinanderdividieren.

Dann bitte ich jetzt um Ihr Kartenzeichen zu dieser Beschlussvorlage. - Ich sehe 3 Enthaltungen, 8 Nein-Stimmen, der Rest Ja-Stimmen. Vielen Dank für dieses eindeutige Votum.

Zur Beurkundung:  
Der Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
22. August 2014